

90. Beilage im Jahr 2025 zu den Sitzungsunterlagen
des XXXII. Vorarlberger Landtages

Selbstständiger Antrag der NEOS Vorarlberg

Beilage 90/2025

An das
Präsidium des Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, am 27.05.2025

Betreff: Bürokratieabbau im Bildungsbereich - Für weniger Vorschrift und mehr Freiheit im Klassenzimmer

Sehr geehrter Herr Präsident,

ein Blick in den Verwaltungsalltag der Schulen offenbart ein massives Bürokratieproblem. Greifbar wird das vor allem durch einen Blick auf die Website der Bildungsdirektion Vorarlberg. Dort ist nämlich ein ganzes Sammelsurium an Verordnungen für Schulen hinterlegt.¹ Den Blick jedoch aufs Detail gerichtet, zeigt sich: Während zwischen 2007 und 2018 im Schnitt ein bis zwei Verordnungsblätter pro Jahr ausgegeben wurden, explodierte die Zahl auf 20 im Jahr 2024. Im ersten Halbjahr 2025 waren bereits gut neun neue Verordnungsblätter publiziert. Der Stillstand beim Bürokratieabbau ist also digital bestens dokumentiert. Deshalb setzt der neue NEOS-Bildungsminister Christoph Wiederkehr eine dringend nötige Entbürokratisierungsoffensive in Gang.² Ziel ist es, mit Beginn des kommenden Schuljahres 80 Prozent der ministeriellen Anweisungen an Schulen zu streichen oder deutlich zu reduzieren.

Die Botschaft ist: Schulen brauchen keine dirigistische Detailsteuerung, sondern Rahmenbedingungen, die die pädagogische Qualität fördern. Die geplante Reform der Verwaltungsvorgaben soll nicht nur effektiv und effizient sein, sondern gezielt entlasten – insbesondere durch den Rückbau nicht-pädagogischer Aufgaben sowie überbordender und veralteter Regelungen, die durch eine Reihe von Fehlentwicklungen und Einflüssen auf das Schulwesen in den vergangenen Jahren entstanden sind. Kurz: Eine Fülle von Einzelregelungen sollen auf den Prüfstand gestellt, Widersprüche beseitigt und Kompetenzen neu geordnet werden, um schnelle Erfolge bei der Entlastung der Schulen zu erzielen. Was auf Bundesebene begonnen wurde, muss auch auf Landesebene entschlossen fortgesetzt werden.

Das heißt, auch in Vorarlberg gilt es, Schulen gezielt aus der Umklammerung staatlicher Überregulierung zu befreien. Hier braucht es mutige Schritte, um mehr pädagogische Gestaltungsfreiheit und administrative Entlastung zu ermöglichen – damit Schulleitungen und Lehrer:innen sich wieder auf das konzentrieren können, was zählt: gute Bildung für unsere Kinder. Wir NEOS fordern daher ein Landesprogramm zur systematischen Durchforstung und Reduktion schulischer Verwaltungsvorgaben. Denn wer eine moderne Bildung will, muss den Mut haben, alte Zöpfe abzuschneiden.

¹ <https://www.bildung-vbg.gv.at/rechtliches/vobl.html>

² <https://www.derstandard.at/story/3000000263809/bildungsminister-wiederkehr-plant-offensive-zur-entbuerokratisierung-an-schulen>

Vor diesem Hintergrund stellen wir hiermit gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages folgenden

ANTRAG

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Die Vorarlberger Landesregierung wird aufgefordert,

- 1. gemeinsam mit der Bildungsdirektion Vorarlberg sowie relevanten Systempartner:innen sämtliche unter Landeskompetenz stehenden Verordnungen und Verwaltungsvorgaben systematisch zu prüfen und zu entrümpeln, um veraltete, überflüssige oder praxisferne Regelungen zu streichen und so die Schulen von unnötiger Bürokratie zu entlasten;**
- 2. die Ergebnisse dieser Überprüfung dem Bundesministerium für Bildung zu übermitteln, um auch im Bereich der Bundesverordnungen auf eine Reduktion bzw. Abschaffung nicht mehr zeitgemäßer Vorgaben hinzuwirken und damit einen koordinierten Bürokratieabbau im Bildungssystem voranzutreiben.“**

LABg. KO Claudia Gamon MSc (WU)

LABg. Garry Thür, lic.oec.HSG

LABg. Fabienne Lackner

Der XXXII. Vorarlberger Landtag hat in seiner 6. Sitzung im Jahr 2025, am 3. Juli, den Selbstständigen Antrag, Beilage 90/2025, mit den Stimmen der VP- und FPÖ-Fraktion mehrheitlich abgelehnt (dafür: Die Grünen, SPÖ und NEOS).